

Bespprechungen

André Bächtiger / John S. Dryzek

Deliberative Democracy for Diabolical Times

Confronting Populism, Extremism, Denial, and Authoritarianism

Cambridge University Press, 2024. – 264 S.

ISBN (Online) 978-1-00926-184-5

Das Konzept der *deliberativen Demokratie* zielt darauf, die Optionen für kollektiv bindende Entscheidungen öffentlich abzuwägen und sie dabei zu klären, zu begründen, zu kritisieren, zu vergleichen, zu bewerten und zu priorisieren. Dadurch sollen Entscheidungen inklusiver, akzeptabler und vernünftiger werden. Es ist dasjenige Demokratiekonzept, das der Kommunikation den größten Stellenwert für Politik einräumt, auch weil dahinter ein Begriff von Vernunft steht, der Begründung als einen interaktiven Prozess begreift. Robuste Begründungen entstehen nur im Dialog. Darum ist dieses Demokratiekonzept von herausragender Bedeutung für die Kommunikationswissenschaft. Allerdings ist das vor allem von Jürgen Habermas entfaltete Konzept in letzter Zeit verstärkt in Zweifel gezogen worden. Es sei immer weniger in der Lage, einen Ausweg aus der multiplen Krise der Demokratie zu markieren. Die liberal-demokratische Grundordnung sei von außen und von innen vor allem dadurch bedroht, dass populistische, extremistische und autokratische Kräfte an Boden gewinnen.

Dem setzen die Politikwissenschaftler André Bächtiger aus Stuttgart und John S. Dryzek aus Canberra ein rundum erneuertes und gestärktes Konzept deliberativer Demokratie entgegen. Dadurch soll Deliberation auch in Zeiten massiver Bedrohungen als Kompass dienen können. Die Autoren begreifen die Angriffe auf die Demokratie als Herausforderungen, die für eine *Vitalisierung deliberativer Demokratie* genutzt werden könnten, für eine Auffrischung des „lifeblood of any democracy“ (S. 159). Sie stützen ihre Konzeption auf eine Vielzahl zum Teil eigener empirischer Studien und geben konkrete Ratschläge, wie mit vier Gruppen umzugehen sei, von denen eine Bedrohung der Demokratie ausgeht.

(1) Wie können *Rechtspopulisten* in einen deliberativen Prozess eingebunden werden? Der Vorschlag der Autoren basiert darauf, diese Gruppe zu differenzieren in Spitzenpersonal mit ihrem „diabolischen Verhalten“ (S. VIII) und Gefolgschaft, und die wiederum in Teilgruppen, die nach Motiven und Einstellungen unterschieden werden. Dementsprechend differieren die Vorgehensweisen. Einzelne populistisch eingestellte

Personen könnten und sollten durchaus partizipativ eingebunden werden, etwa in Bürgerforen zur Erörterung von politischen Streitfragen. Dabei seien diese Personen an Mindestregeln gebunden, also Zivilität und Rationalität. Populistische Überzeugungen enthielten einen „reasonable core“ (S. 93), an den argumentativ angeknüpft werden könne. Die Auseinandersetzung solle aber geprägt sein von einer konfrontativen Form der Deliberation, damit die Defizite populistischer Positionen klar hervortreten.

(2) Unter „*extremists*“ verstehen die Autoren diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich außerhalb der liberal-demokratischen Grundordnung stellen, indem sie etwa ganze Bevölkerungsgruppen nicht als Teil der Bürgerschaft akzeptieren. Sie seien nicht in Deliberation einbindbar, sondern sollten marginalisiert werden. Allerdings gebe es in Europa einige Beispiele, wie extremistische Parteien zu einem moderaten Kurs gefunden und sich damit auch für Deliberation geöffnet haben.

(3) Unter „*authoritarians*“ fassen sie diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die ein autokratisches Regieren dem liberal-demokratischen Regieren ganz oder teilweise vorziehen. Autokratische Tendenzen gewönnen weltweit an Boden – in Gestalt autokratisch regierter Staaten, autokratischer Elemente in demokratischen Staaten und autokratischer Einstellungen bei Bürgerinnen und Bürgern in Demokratien. Der schleichenden Autokratisierung von Demokratien könne mit deliberativen Elementen Einhalt geboten werden, etwa, indem Zivilgesellschaft und kritische Öffentlichkeit gestärkt würden. Und Bürgerinnen und Bürger mit autokratischen Einstellungen könnten in deliberative Prozesse eingebunden werden, auch um ihnen die Vorzüge einer pluralistischen Ordnung vor Augen zu führen.

(4) Unter „*deniers*“ verstehen die Autoren diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die ihre politische Position schützen, indem sie auf Evidenz gestützte und allgemein anerkannte Tatsachenaussagen leugnen, etwa zu Wahlergebnissen, historischen Ereignissen, Klimawandel oder Pandemie. Falsch wäre es, etwa in der Berichterstattung die gegensätzlichen Aussagen gleichrangig zu Wort kommen zu lassen. Auch das Präsentieren von Fakten habe sich in Experimenten als nicht sinnvoll erwiesen. Vielmehr sei ein gangbarer Weg, dass auch aus Sicht der Leugner glaubwürdige Personen eine Brücke zu schlagen versuchen. Noch wichtiger aber sei es, diejenigen Bürgerinnen und Bürger gegen Falschaussagen zu immunisieren, die noch nicht den vollständig Überzeugten verfallen sind, um dadurch die Leugner nachhaltig zu marginalisieren.

Die Strategien mit Blick auf die vier Problemgruppen ergänzen die Autoren dadurch, dass die *moderaten Bürgerinnen und Bürger* („everyone“) für Deliberation mobilisiert werden sollten. Sie sollten angesichts der Bedrohungen nicht resignieren, sondern gewonnen werden für aktive Teilhabe. Grundlage dessen ist wiederum eine Unterscheidung nach politischen Einstellungen, insbesondere nach der Zufriedenheit mit der Demokratie. Dementsprechend unterscheiden sich die diskursiven Brücken. Und so entstehen ein facettiertes Bild der Bürgerschaft und ein darauf abgestimmtes Instrumentarium deliberativer Praktiken.

Damit erweitert sich auch der *Deliberationsbegriff*: Keineswegs sei Deliberation begrenzt auf Konsensfindung durch rationale Argumentation. Vielmehr sei eines der Ziele von Deliberation, Konflikte möglichst klar zu konturieren und die gegensätzlichen Positionen herauszuarbeiten, um zu einem besseren Verständnis der jeweils anderen Position und zu allgemein akzeptablen Kompromissen zu gelangen. Erst die Kombination von konfrontativer und kooperativer Deliberation vitalisiere die Demokratie. Und zu den legitimen Mitteln zähle auch, eine politische Position durch plastische Geschichten, persönliche Erfahrungen, packende Narrative, leidenschaftliche Plädoyers und kurzweilige Darstellungen zu vermitteln. Deliberation solle die Gesamtheit der politischen Kommunikation prägen: die alltägliche politische Konversation, die Bürgerforen („Mini Publics“), Kommunikation innerhalb politischer Organisationen und die durch Massenmedien strukturierte Öffentlichkeit. Die Autoren plädieren für situationsspezifische Kombinationen dieser deliberativen Komponenten. So könne eine robuste Infrastruktur für diskursive Prozesse geschaffen werden.

Aber entscheidend seien die Bürgerinnen und Bürger, ihr kommunikatives Handeln und ihre Einstellungen zu politischer Kommunikation: Sie müssten die deliberative Demokratie als ihr *common good* verteidigen. So könne es gelingen, den Handlungsspielraum der politischen Eliten einzuschränken und denen aufzuerlegen, Entscheidungsoptionen zu begründen und sich für besser begründbare Optionen zu entscheiden. Dieser „deliberative constraint“ (S.12) funktioniere vor allem durch die Drohung, die Eliten bei Wahlen abzustrafen, wenn sie fortgesetzt gegen konsentierten Grundregeln deliberativer Demokratie verstoßen. So erzieht die Bürgerschaft die Elite.

Dabei sei Deliberation nicht auf einen einzelnen Typ von Demokratie beschränkt. Allerdings könnten die politischen Rahmenbedingungen förderlich oder hinderlich sein, da sie die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger prä-

gen. So seien die Hürden für Deliberation in einer kompetitiven Demokratie mit Mehrheitswahlrecht höher als in einer kooperativen Demokratie mit Verhältniswahlrecht.

Die Autoren setzen sich eingehend mit dem klassischen *Einwand* auseinander, Deliberation überfordere die Bürgerinnen und Bürger, da sie verlange, tradierte Meinungen im Lichte anderer Argumente zu überprüfen. Wie die Autoren vor allem an Feldexperimenten mit Bürgerforen zeigen, ist dieses Verlangen durchaus erfüllbar, sofern die kontextuellen Bedingungen dafür gegeben sind. Auch aus einer Makroperspektive spricht einiges für die Möglichkeit von Lernprozessen und Meinungsumschwüngen. So ist etwa die Liberalisierung der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 50 Jahren nicht allein durch den Generationenwechsel zu erklären. Allerdings gehen die Autoren recht rasch über das Problem der Opportunitätskosten hinweg. Insbesondere in bestimmten Lebensaltern ist den Menschen sehr bewusst, dass die Zeit und die Kraft, die sie in politisches Engagement investieren, an anderer Stelle fehlen, vor allem in Beruf und Familie. Das mindert ihre Bereitschaft, sich an Deliberationen zu beteiligen.

Die vitalisierende Kraft des Konzepts könnte noch gesteigert werden, wenn es in vier Punkten *verstärkt* würde, die aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht zentral sind:

(1) Der Begriff der *öffentlichen Meinung* wird nicht in den Ansatz integriert, obgleich Deliberation verstanden werden kann als eine normative Vorgabe für die Bildung öffentlicher Meinungen. Kürzlich haben Soziologen aus Steffen Mau eine Kartierung der öffentlichen Meinung in Deutschland mit einer bislang nicht erreichten Tiefenschärfe vorgelegt (Mau et al. 2023). Dies böte zahlreiche Anknüpfungspunkte in empirischer, methodischer und theoretischer Hinsicht für das Verständnis von Deliberation, etwa die Differenzierung von Arenen und Konfliktthemen oder die Schärfung des Polarisierungsbegriffs.

(2) Die Autoren beschränken das *Normengerüst für Deliberation* auf die inhaltliche Dimension politischer Kommunikation (Wahrheitsorientierung und Begründungspflicht) und auf die soziale (Inklusion und Zivilität). Es liegen aber mittlerweile Vorschläge vor, welche normativen Erwartungen in der temporalen und in der modalen Dimension von Kommunikation bei Kommunikationsteilnehmern und -teilnehmerinnen mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen sind (Bormann et al. 2021).

(3) Die Autoren beziehen ihr Deliberationskonzept auf die Kommunikation innerhalb eines nationalen politischen Systems. Angesichts der drängenden globalen Probleme von äußerer Si-

cherheit und Welthandel bis zu Migration und Klimawandel und angesichts vielfältiger globaler Lösungsansätze wäre es erforderlich auszuloten, in welchem Maße die *inter- und transnationalen politischen Beziehungen* durch deliberative Kommunikation geprägt sind und sein könnten.

(4) Als Politikwissenschaftler sehen die Autoren die *Medien* zwar als eine wichtige politische Bedingung für Deliberation, vor allem im Hinblick auf Meinungsvielfalt und Informationsqualität. Sie sehen sie aber nicht als eine unabhängige Variable, aus deren Veränderung sich Veränderungen der Politik ergeben. So erklären sie weder den Aufstieg populistischer Akteure oder die Verbreitung von Verschwörungsmythen aus der Digitalisierung der Kommunikation. Noch erörtern sie systematisch, wie der gegenwärtige Schub des strukturellen Wandels der politischen Kommunikation, die Prägung durch Künstliche Intelligenz, die Chancen deliberativer Demokratie mindert oder erhöht.

Aber alles das ist Mäkeln auf hohem Niveau. *Insgesamt* zeigen die Autoren nachdrücklich, wie analog zu früheren existenziellen Bedrohungen der Demokratie die gegenwärtige multiple Krise genutzt werden kann, um Demokratie durch Deliberation resilienter zu machen. So hat selbst das Diabolische sein Gutes.

Gerhard Vowe

Prof. Dr. Gerhard Vowe, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Seniorprofessur Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland, vowe@uni-duesseldorf.de

Literatur

- Mau, S., Lux, T., Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte*. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp.
- Bormann, M., Tranow, U., Ziegele, M. & Vowe, G. (2021). Incivility as a Violation of Communication Norms – A Typology Based on Normative Expectations toward Political Communication. *Communication Theory*, 32(3), 332–362. <https://doi.org/10.1093/ct/qtab018>

Martin Beils

Sportjournalismus

Formate und Produkte im Zeitalter von Digitalisierung und Globalisierung

Wiesbaden: Springer VS, 2023. – 266 S.

ISBN 978-3-658-40903-6

Bücher zur Theorie und Praxis des Sportjournalismus sind in den vergangenen Jahren einige publiziert worden, meist mit recht klaren Perspektiven auf Theorie und/oder Praxis. Nun hat Martin Beils bei Springer VS 2023 diesem Feld ein neues Werk hinzugefügt und tatsächlich für ein Novum gesorgt. Der Band mit dem eher schlichten Titel „Sportjournalismus“ stellt ein interessantes Sammelsurium aus 35 Themen plus Einleitung und Expertinnen- und Expertenliste dar, meist praxisnah, mit vielfältigen Zugängen, oft auf unterschiedlichem Abstraktionsniveau. Wer jedoch eine praktische Anleitung zum Sportjournalismus oder etwa ein Handbuch erwartet, liegt falsch – vielmehr ist ein Lesebuch entstanden, das mit Hingabe über den Beruf in all seinen Ausprägungen berichtet. Motto des Bandes: An jeder beliebigen Stelle aufschlagen, schmökern und viel Neues, Wissenswertes erfahren.

Die Stärken des Buches werden vor allem in Kapiteln deutlich, in denen Martin Beils als langjähriger Sportjournalist sein berufspraktisches Wissen mit kritischer Reflexion sowie großem Interesse an fachlicher Weiterentwicklung verbindet. Abschnitte zur Eilmeldung, zum fast allgegenwärtigen Live-Ticker, zu Noten, Ranglisten und Einzelkritik als sportjournalistische Besonderheit, zu den berühmt-berüchtigten Flashinterviews am Spielfeldrand oder auch zu Podcasts, Livestreaming und dem Instagram-Kanal der Sportredaktion weisen auf technische und inhaltliche Entwicklungen im Sportjournalismus hin. Diese Zusammenstellung von sportjournalistischen Einzelaspekten belegt die Vielfalt der – wie es im Untertitel des Bandes heißt – „Formate und Produkte im Zeitalter von Digitalisierung und Globalisierung“.

Daneben lassen sich Kapitel finden, die Spannungsfelder und Themen wie Frauen als Sportjournalistinnen sowie als Gegenstand der Berichterstattung, wie Rassismus, PR contra Journalismus, Leitmedien und viele andere Dinge beleuchten. Teilweise mit Dopplungen, manchmal mit stark persönlichem Zugang, oft hätte man sich als akademisch geprägter Leser hier mehr Tiefe, Literaturarbeit und Reflexion gewünscht. So ist ein Absatz zu finden, in dem es über Spekulationen im Sportjournalismus heißt: „Ist das überhaupt Journalismus? Ja, ist es. Man mag das bedauern. Aber diese Inhalte laufen und haben

ihren festen Platz in der Sportberichterstattung“ (S. 25). Kurz und knapp auf den Punkt. Ist das Sportjournalismus? Ja, ist es. Aus von der Nachrichtenagentur geprägter Ich-Perspektive. Da könnte man sicher auch anders argumentieren. Aber, das ist nicht Sinn und Zweck dieses Buches.

Stattdessen sind einleitende Abschnitte zum Berufsstart und zu Ausbildungswegen zu loben, die vor allem jungen Leser_innen einen guten Überblick verschaffen können. Geradezu bühnische Freude haben dem Autoren dieser Rezension als früherem Sportjournalisten die Kapitel zu „Stilblüten“ und „Vorsicht Falle“ zum Ende des Buches bereitet. Auch die Hintergrundgespräche mit so vielen Kolleginnen und Kollegen haben dem Werk von Martin Beils nicht nur einen intensiven, aktuellen Bezug (bspw. „Football-Leaks“) verschafft, sondern es auch inhaltlich deutlich gestärkt.

Fazit: Der Band „Sportjournalismus“ von Martin Beils hält das, was er verspricht, und kann in vielen Abschnitten überzeugen. Zukünftigen Sportjournalistinnen und Sportjournalisten sei die Lektüre empfohlen, aber auch gestandene Berufspraktiker_innen werden so manches zum Nachdenken entdecken können.

Zum Abschluss ein Hinweis in eigener Sache zum Spannungsfeld Nähe und Distanz bzw. Unabhängigkeit: Martin Beils hat an der Hochschule, für die ich arbeite, in den vergangenen Jahren mehrere Lehraufträge in der Studienrichtung Sportjournalismus wahrgenommen. Wir kannten uns, wir haben uns mehrfach über Themen und Inhalte ausgetauscht, diese Rezension ist also durch eine zumindest in Teilen entstandene berufliche und auch persönliche Nähe geprägt. Einige unserer Themen habe ich im Buch wiederentdeckt, andere werden mit Sicherheit in die zukünftige Lehre integriert werden. Martin Beils ist 2023 kurz nach Fertigstellung des Buches verstorben, sein Tod ist mir nahe gegangen und hat mich nachdenklich gemacht. Auch aus diesem Grund war es mir wichtig, diese Rezension zu verfassen.

Thomas Horky

Prof. Dr. Thomas Horky, Hochschule Macromedia, University of Applied Sciences, Gertrudenstraße 3, 20095 Hamburg, Deutschland, t.horky@macromedia.de, <https://orcid.org/0000-0003-4082-7793>

Stella Lorenz

Neue journalistische Erzählformen für Nachhaltigkeit

Konzepte, Entwicklungen und Potenziale in Printmagazinen

Baden-Baden: Tectum, 2023. – 468 S.

ISBN 978-3-8288-4884-9 (Print)

Stella Lorenz hat mit ihrer für die Publikation überarbeiteten Dissertation ein gewichtiges Werk vorgelegt. Im wahrsten Sinne des Wortes, denn das knapp ein Kilogramm schwere Buch bietet einen qualitativ hochwertigen Blick in ein bis dato kaum wissenschaftlich erschlossenes Forschungsfeld. Die Autorin kombiniert sehr ertragreich mehrere Perspektiven, um ihre Kernfrage zu beantworten: Wie können Nachhaltigkeitsthemen journalistisch so aufbereitet und erzählt werden, dass Erklärungs-, Orientierungs- und Handlungswissen angemessen vermittelt werden, sich Menschen dafür interessieren, es verstehen und idealerweise nachhaltig (im Sinne von achtsam) leben?

Es lohnt sich, den dicken Band mit den elf Kapiteln von Anfang bis Ende zu lesen. Dabei ist es nicht nötig, jeden Abschnitt gleichermaßen intensiv durcharbeiten, denn Stella Lorenz bietet am Ende gute Zusammenfassungen und Bewertungen beziehungsweise greift in jedem neuen Teil die vorhergehende Erkenntnis auf, um sie weiterzuführen. Sie nähert sich ihrem Forschungsgegenstand *erzählerischer Nachhaltigkeitsjournalismus in Print-Magazinen* interdisziplinär: vor dem Hintergrund vielfältiger und heterogener Konzepte der Nachhaltigkeit (wie der des „Guten Lebens“), literaturwissenschaftlich, basierend auf dem Konzept der Narration (wer erzählt was [Handlung] wie [Darstellung]?) sowie aus der Doppel-Perspektive der Journalistik und der journalistischen Praxis.

Lorenz hält sich nicht lange mit der Beschreibung des inzwischen sattsam bekannten kritischen Zustands der Welt auf, sondern startet mit der normativen Feststellung, dass Nachhaltigkeit *das* (!) „Handlungs- und Haltungskonzept für eine zukunftsfähige Gesellschaft“ ist. Konsequenterweise setzt sie diesen Begriff gleich mit der ökologisch-sozialen, wirtschaftlichen und politischen *Transformation*. Den Medien beziehungsweise dem Journalismus weist sie die Aufgabe zu, Nachhaltigkeit „zu popularisieren“. Wie er das bisher tut (Konzepte und Entwicklungen) und wie er dies in Zukunft tun könnte, entwirft sie sowohl theoretisch-wissenschaftlich (Teil I) als auch methodisch (Teil II) sehr konsequent und fundiert; am Schluss (Teil III) formuliert sie anhand ihrer empirischen Erkenntnisse sechs

Thesen und entwirft darauf basierend einen Leit-faden für die Praxis.

Lorenz wählt als Forschungsgegenstand das Medium Print-Magazin *Zeitschrift* aus. Mutig setzt sie der Vorstellung des „rückwärtsgewandten Mediums der Vergangenheit“ die des qualitativ hochwertigen und langlebigen *Informationsvermittlers* entgegen, der im besten Falle sogar unterhalten kann. Diese Wahl ist eine handlungsleitende Prämisse, auch und gerade für die Empirie. Im Sinne der Triangulation führt sie mehrere Analysen durch, die sie überzeugend aufeinander bezieht:

Die deskriptive Bestandsaufnahme von 59 Titeln des „Grünen Publikationsmarktes“ liefert die strukturelle Einteilung in nachhaltige Themensegmente (Land + Heimat, Grüne Ernährung, Körper + Gesundheit, Mindstyle + Muße, Sinn + Transformation) und die Belege für bis dato bekannte Erzählformate (Selbstversuch, Tagebuch u. a.). Es folgen Interviews mit neun Expertinnen und Experten aus den Verlagen und Redaktionen der analysierten Publikationen. Auch hierbei liegt der Schwerpunkt auf dem Herauskrystallisieren innovativer Erzählformen, die Lorenz im achten Kapitel anhand von acht ausgewählten Beiträgen einer sowohl literaturwissenschaftlichen Narrations- als auch nachhaltigkeitsjournalistischen (handwerklich, inhaltlich, intentional) Analyse unterzieht. Hierbei entdeckt sie neben den tradierten Genres wie den Selbsterfahrungsbericht (als Tagebuch oder Feature) innovative, wie die des „historisierenden Features“, der Naturbetrachtung, der Stoffstromgeschichte (z. B. Phosphor), die Märchenadaption und die der „anthropomorphisierenden Apostrophe“ („Gegenständen eine Stimme geben“).

Lorenz' Fazit: Nachhaltigkeitsjournalismus kann nur interdisziplinär und lösungsorientiert funktionieren, damit das transformative Anliegen (das „Gute Leben“) deutlich wird und motivierend wirkt. Nötig sind dafür experimentelle Erzählformen, vor allem in Mainstream-Reichweitenmedien, aber auch ein neues Selbstbild des journalistischen Berufes – was wiederum eine gute Ausbildung voraussetzt, um nicht zuletzt sprachlich angemessen, verständlich und genau komplexe Sachverhalte erklären zu können.

Es ist eine Herausforderung, diesem Werk in maximal 6000 Zeichen gerecht zu werden. Immer wieder entstehen bei der Lektüre an mehreren Stellen *Ja-Aber-Impulse*: Beispielsweise schränken fehlende (wie Uwe Schneidewinds einschlägige Publikation über die „Große Transformation“, die UN Sustainable Development Goals) oder veraltete Quellen (v. a. aus der Journalistik und Journalismusforschung, auch und vor allem zur Nachhaltigkeitskommunikation/

Nachhaltigkeitsjournalismus) nicht grundsätzlich die Aussagekraft ein – *aber* die eine oder andere neue Erkenntnis daraus wäre zielführend gewesen. Es wäre allerdings vermessen, von einer interdisziplinären Arbeit eine jeweils erschöpfende Quellenlage zu erwarten. Außerdem intendiert die Begrenzung auf Zeitschriften des „Grünen Marktes“ eine Art *Selffulfilling Prophecy*, die zusammengefasst werden könnte mit: Wer nachhaltig denkt und handelt, arbeitet bei einer Zeitschrift, die grüne Themen bearbeitet; umso kleiner die wiederum ist, desto mutiger zeigt sie sich in innovativen Erzählformen. *Aber* so einfach ist es nicht – und das reflektiert Stella Lorenz immer wieder sehr nachdrücklich. Das von ihr ausgearbeitete theoretisch fundierte, empirische Werkzeug lässt sich übertragen auf alle komplexen Themenfelder, denen sich Journalismus widmet, allen voran aus den Bereichen Wissenschaft und Technik.

Leider ist das Buch zu teuer (114 € gebunden und als E-Book), als dass es die Chance hätte, gekauft und rezipiert zu werden, vor allem nicht von Journalistinnen und Wissenschaftlern. Schade!

Beatrice Dernbach

Prof. Dr. Beatrice Dernbach, Technische Hochschule Nürnberg Nachhaltigkeits- und Wissenschaftskommunikation, Keflerplatz 12, 90489 Nürnberg, Deutschland, beatrice.dernbach@th-nuernberg.de, <https://orcid.org/0009-0000-2009-0443>

Ico Maly

Metapolitics, Algorithms and Violence

New Right Activism and Terrorism in the Attention Economy

New York: Routledge, 2023. – 330 S.

ISBN 978-1-03-225102-8

Der Diskursanalytiker Ico Maly (Tilburg University) beschäftigt sich seit einer Dekade mit der Neuen Rechten und wie diese digitale Medien nutzt, um auf gesellschaftspolitische Diskurse Einfluss zu nehmen. In seinem Buch *Metapolitics, Algorithms and Violence* vereint er seine zahlreichen ethnographischen Studien zur Neuen Rechten und ihrem digitalen Aktivismus mit seinem zukünftigen Forschungsfokus, dem Zusammenwirken von digitaler Interaktion und Algorithmen auf gesellschaftliche Diskurse. Das Schlagwort hier ist Metapolitik – ein von Alain de Benoist (*La Nouvelle Droite*) in den 1960ern verbreitetes Konzept, welches den Schwerpunkt auf kulturelle und ideologische Kämpfe zur Be-

einflussung gesellschaftlicher Weltanschauungen und Werte legt. Anstatt direkt nach politischer Macht zu streben, zielt die Metapolitik auf langfristige Veränderungen in Kultur und Ideologie ab, die schließlich zu politischen Veränderungen führen (können).

Maly holt weit aus und zeichnet nach einer Einführung in seine Methodologie, einer Triangulation aus *Digital Ethnographic Discourse Analysis* und *Long-Term Digital Ethnography*, anschaulich im zweiten Kapitel die Entwicklung der „Metapolitik 1.0“ zur gegenwärtigen 2.0-Version nach dem führenden französischen Theoretiker der Neuen Rechten, Guillaume Faye, nach, die sich durch mediale Hybridität, globalisiert-vernetzte Strukturen und einen niederschweligen Prosumer-Anspruch auszeichnet. Damit hat sich die rechte Metapolitik von der intellektuellen Nische zu einer Strategie entwickelt, breitere Massen in allen möglichen Kontexten der „postdigitalen Gesellschaft“ anzusprechen. In dieser historischen Einordnung stellt der Autor neben den intellektuellen Bausteinen eines Antonio Gramsci auch die jüngeren Einflüsse der Identitären Bewegungen Europas vor und führt erste relevante Protagonisten seiner ethnografischen Beobachtungen und Analysen mit auf, wie bspw. den US White-Supremacy-Aktivistinnen und Publizisten Richard Spencer oder den Kopf der österreichischen Identitären Bewegung Martin Sellner.

Im dritten Kapitel wird am Beispiel der flämischen Neuen Rechten *Schild & Vrienden* das Zusammenspiel aus Globalisierung, Globalismus und ihrer globalen Vernetzung skizziert. Besonders hervorzuheben sind das Wissen und die Strategien im Umgang mit algorithmisch-basierter digitaler Kommunikation bei den Rechten, um Metapolitik zu betreiben. Daran anschließend stellt Maly Influencer:innen vor und geht dabei auf prominente Aktivistinnen wie u. a. Brittany Pettibone (die Frau Sellners) und ihren metapolitischen Gender Backlash als antifeministische Social-Media-Influencerin ein. Vor allem über heteronormative Familien- aber auch generell traditionelle Genderrollenbilder, wie die der *trad wives* (vgl. Leidig, 2023) oder *alpha men*, wie u. a. die Schild & Vrienden-Akteure, die sich in Anzügen inszenieren, um sich u. a. von „klassischen Neo-Nazis“ abzuheben, werden Ideologien der Neuen Rechten auf Plattformen wie Instagram salonfähig gemacht.

Zu Recht betont Maly, dass es nicht reicht, in einem methodologischen Nationalismus lediglich die Inhalte der rechten Protagonist:innen in nationalen Kontexten zu analysieren, sondern die Vernetzung durch das Digitale unter Berücksichtigung algorithmischer Agens mitzudenken. In Kapitel fünf geht der Autor daher zunächst auf

Suchmaschinen (vor allem Google) und ihre Verbreitungsmacht ein, um dann näher die Aspekte Trolling, Junk News und Culture War zu beleuchten. Hier liegen die technischen, aber auch kommunikativen Grundlagen für den „metapolitischen Terrorismus“, der durch u. a. Rassismus, Weißen Nationalismus, Verschwörungsideologien in Memes und anderen digitalen Praxen ausgetragen wird (Kapitel 6).

In den beiden abschließenden Kapiteln wird nochmals deutlich, wie komplex die globale Neue Rechte ist: Einerseits liegt bei einigen Bewegungen eine sinkende Sichtbarkeit vor, einige Medien werden auch von Plattformen verbannt, wie der *Daily Stormer*, andererseits profitieren sie von den Möglichkeiten, die Nischenmedien, aber auch SNS-Mainstreamplattformen, zur digitalen Vernetzung bieten. Die Neue Rechte schafft es, und das zeigt Malys in die Tiefe gehende Analyse sehr gut, ihre anti-aufklärerische und ethnoplurale Ideologie durch uneindeutige bzw. implizite Hassbotschaften dennoch zu verbreiten. Die inhärente Gefahr der schamlosen Normalisierung des Unsagbaren (Wodak, 2020) liegt auf der Hand. Daher ist dieses facetten- und umfangreiche Buch nicht nur Rechtsextremismus-Forschenden, sondern auch Politiktreibenden und Medienregulator:innen zu empfehlen, um ein besseres Verständnis über das Zusammenspiel Neuer-Rechte-Bewegungen, Publikationskanäle und digitaler Infrastrukturen und deren begünstigende Verbreitungs-Eigenschaften zu erfahren.

Durch die verständlichen Einführungen in Themen, Konzepte und Begriffe, aber auch relevante Bewegungen und Personen ist das Buch weniger vorraussetzungsvoll als andere Studien zu Rechtspopulismus und -extremismus und kann auch als Einführungswerk in Metapolitik und Neue-Rechte-Bewegungen dienen. Damit stellt Malys Buch einen wertvollen Beitrag zum Verständnis gegenwärtiger digitaler Radikalisierung von rechts dar und bietet somit wichtige Anknüpfungspunkte, dagegen vorzugehen.

Andreas Schulz-Tomančok

Mag. Andreas Schulz-Tomančok, MA, Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und Universität Klagenfurt, Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung (CMC), Bäckerstraße 13/1, 1010 Wien, Österreich, andreas.schulz@oeaw.ac.at, <https://orcid.org/0000-0001-9586-9451>

Literatur

Leidig, Eviane (2023): *The Women of the Far Right. Social Media Influencers and Online Radicalization*. Columbia University Press.

Wodak, Ruth (2020): *The Politics of Fear. The Shameless Normalization of Far-Right Discourse*. SAGE.

Stefanie Palm

Fördern und Zensieren

Die Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach dem Nationalsozialismus

Göttingen: Wallstein Verlag, 2023. – 592 S.

ISBN 978-3-8353-3480-9

(Reihe: Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945; Bd. 7)

Die Kultur- und Medienpolitik des westdeutschen Bundesinnenministeriums (BMI) zwischen 1949 bis 1970 untersucht Stefanie Palm in ihrer im Rahmen eines ministeriumsgeschichtlichen Kooperationsprojekts des Zentrums für Zeithistorische Forschung und des Instituts für Zeitgeschichte entstandenen Dissertation. Sie fragt mit dem Gegensatzpaar „Fördern und Zensieren“ nach Initiativen des BMI zur bundeseinheitlichen „Kontrolle und Lenkung, [...] Regulierung und Gestaltung der Medienöffentlichkeit“ (S. 13). Besonders die BMI-Kulturabteilung fokussierend erkundet Palm medienpolitisches Verwaltungshandeln mit konzeptionell vielfältigen Ansätzen. Zugänge „des akteurszentrierten Institutionalismus“ (S. 12) werden mit handlungstheoretischen, (gruppen-)biographischen, mentalitäts- und emotionsgeschichtlichen Akzenten kombiniert. Die Verzahnung von Medien- und Sicherheitsgeschichte wird mit dem BMI-Verständnis von Kulturpolitik als „Teil des positiven Verfassungsschutzes“ (S. III) begründet.

In vier zumeist chronologisch angeordneten Hauptkapiteln stellt Palm zunächst Strukturen von BMI und Kulturabteilung sowie berufliche, sozio-kulturelle und nationalsozialistische Prägnungen der Ministerialbeamten biographisch dar (I). Anschließend werden Aushandlungen bei der Neuordnung der Medien zwischen 1949 und 1956 und Konflikte des BMI mit Alliierten, Bundeskanzleramt, Filmwirtschaft und Verlegerverbänden fokussiert (II). Im weiteren Verlauf rückt für die Jahre von 1956 bis 1967 stärker der Antagonismus zwischen dem BMI und der Medienöffentlichkeit in den Blick (III). Das knappe letzte Hauptkapitel behandelt vor dem ausführlichen Fazit die Krise der ab 1970 durch Fusionen geschwächten Kulturabteilung (IV).

Als kleinste Abteilung des BMI kämpfte sie seit 1949 innerministeriell um Relevanz, tritt mit Institutionen des Kulturföderalismus um medienpolitische Zuständigkeiten und mit der Medienöffentlichkeit um politische Deutung. Die Ministerialbeamten der Kulturabteilung verstanden, so

kann Palm mit zahlreichen „biografischen Einzelstudien“ (S. 514) anhand bisher unzugänglicher Personalakten aufzeigen, mit etatistischen, christlich-konservativen und antikommunistischen Traditionslinien die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit im „permanenten Ausnahmezustand“ des Kalten Krieges (S. 255) als potenzielle Gefährdung für die Stabilität der Bundesrepublik. Diese auf das Kaiserreich, Weimar und Verstrickungen in den Nationalsozialismus verweisende Kontinuität paternalistischer und kulturkritischer Gesellschaftsauffassungen leitete, so Palm, auch die im BMI vorherrschende Annahme von einer starken Medienwirkung (S. 298). Sie bot weitere Legitimation für die Kontrolle der Medien, die hingegen gefördert wurden, wenn sie durch zustimmende Informationen über die Bundesregierung die öffentliche Meinung formten.

Stark den Referenten Carl-Heinz Lüders fokussierend untersucht Palm im zweiten Hauptkapitel dessen medienpolitische Initiativen, mit denen er zumeist in Interessenkonflikten, v. a. mit dem Kanzleramt und Länderregierungen, scheiterte. Das gilt besonders für seinen Entwurf für ein Bundespresseggesetz von 1952. Dessen antiberaler Anstrich, etwa bei Pressebeschränkungen im Fall des Staatsnotstandes, wurde zudem in der bereits in den 1950er Jahren kritischen Medienöffentlichkeit vehement abgelehnt.

Mit Lüders Wechsel ins Auswärtige Amt begründet Palm akteurszentriert die Zäsur des Jahres 1956 mit dem Wandel medienpolitischen Handelns der Kulturabteilung. Diese ministerielle Binnensicht könnte geweitet werden, wenn etwa die von Palm erwähnten Urteile von 1957 und 1961, mit denen das Bundesverfassungsgericht u. a. „presserechtliche Vollregelungen seitens des Bundes“ (S. 274) untersagte, noch vertiefter untersucht würden. Palm erkennt für die 1960er Jahre eine stärkere Hinwendung der Kulturabteilung zur Studierendenförderung, zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Zugleich prägten Verschärfungen im Kalten Krieg, öffentliche Auseinandersetzungen und die Anstellung von NS-belasteten Mitarbeitern das zunehmend sicherheitspolitische Agieren der Kulturabteilung. Doch entfernt sich das dritte Hauptkapitel „Staatschutz versus Meinungsfreiheit“ mit Darstellungen zur rigiden Förderpolitik des BMI gegenüber dem regierungskritischen SDS, zur journalistischen Informationsfreiheit, zum Quellen- und Zeugenschutz bei Verdacht von Geheimnisverrat bzw. zum Ehrenschutz für NS-Belastete mitunter von der medienpolitischen Begriffsspanne „Fördern und Zensieren“ und tendiert zu einer bisweilen rechtsgeschichtlichen Variante von „Überwachen und Strafen“.

Doch fern von panoptischer Macht scheitern bis 1967 erneute Anläufe des BMI für ein Presse-notstandsgesetz. Trotz zugestandener Lernprozesse im Umgang mit Medien und Öffentlichkeit konnten Palm zufolge die Ministerialbeamten den Relevanzverlust der Kulturabteilung im BMI angesichts gesellschaftlichen und politischen Wandels zur Zeit der Großen Koalition sowie zunehmender Kommissionsarbeit nicht aufhalten. Die in der Michel- und Günther-Kommission behandelten Fragen der Wettbewerbsgleichheit im Medienmarkt, der Pressekonzentration und Tendenzen zum kommerziellen Hörfunk und Fernsehen werden allerdings zum Schluss recht knapp abgehandelt.

Hier wären Vertiefungen zur Positionierung des BMI gegenüber fortgesetztem Medienwandel möglich gewesen, wenn die erkenntnisreiche biographische Ausleuchtung der NS-Vergangenheit der BMI-Akteure in ihrer Vielzahl und phasenweise redundanten Detailfülle gestrafft und so die Binnensicht auf die Kulturabteilung gelockert worden wäre. Zugleich schreibt die Studie den seinerzeit von den BMI-Akteuren forcierten Antagonismus mit der Medienöffentlichkeit in gewisser Weise fort – nunmehr gleichsam vonseiten der mitunter zu widerspruchsfrei übernommenen Pressekritik am ministeriellen Handeln (S. 283, 380). Dies überrascht insofern, da leitende Akteure der zitierten Magazine *Spiegel*, *Stern* und *Quick* ebenso mit dem Nationalsozialismus verstrickt waren. Potenziell ähnliche NS-Horizonte und biographiepolitische Beschönigungen bei Ministerial- und Medienakteuren werden jedoch lediglich kurz erwähnt (S. 398). Die Berücksichtigung der mit (absatz-)politischen Interessen verschränkten medialen Machtstrukturen hätten zudem den Begriff der Medienöffentlichkeit differenzieren können, während Andeutungen, dass Beobachtungen der DDR-Propaganda die Medienpolitik des BMI leiteten, weitergehende Überlegungen wert sind.

Gleichwohl gelangt die Autorin mit ihrer quellen-sättigten Studie zu aufschlussreichen Einsichten in wenig bekannte medienpolitische Auseinandersetzungen des BMI, spürt plausibel administrative Arbeits- und Kommunikationspraktiken auf und weist tradierte Denkmuster sowie vergangenheitspolitische Motive von Ministerialbeamten der „zweiten und dritten Reihe“ (S. 475) nach.

Norbert Grube

Prof. Dr. Norbert Grube, Pädagogische Hochschule, Zentrum für Schulgeschichte, Lagerstrasse 2, LAA-K034, 8090 Zürich, Schweiz, norbert.grube@phzh.ch

Andreas A. Riedl

Nachrichtenqualität als journalistischer Prozess

Demokratiethoretisch fundierte Performanz zwischen Wollen, Sollen und Können

Köln: Halem, 2024. – 464 S.

ISBN 978-3-86962-662-8 (Print),

978-3-86962-661-1 (OA-pdf)

https://doi.org/10.1453/OA_2024_9783869626611

Die mit dem Herbert-von-Halem-Promotions-Förderpreis ausgezeichnete Dissertation von Andreas A. Riedl untersucht, *welche* Einflüsse *wie* auf Nachrichtenqualität wirken. Eine der größten Stärken der Arbeit, um das direkt vorwegzunehmen, ist dabei der Anspruch an eine konsequente Verbindung einer normativen und analytischen Perspektive.

Im Theorieteil legt Riedl dafür wichtige Grundlagen: Er präsentiert eine demokratiethoretische Neubewertung journalistischer Nachrichtenqualität und bietet Erklärungsansätze, um zu verstehen, wie Nachrichtenqualität zustande kommt. Dazu konzeptionalisiert er Nachrichtenqualität als journalistischen Prozess aus der Perspektive der soziologischen Akteur:innen-Struktur-Dynamik nach Schimank.

Für die demokratiethoretische Fundierung der Nachrichtenqualität geht Riedl der Frage nach, wie Nachrichten präsentiert werden sollten und was sie für die Gesellschaft leisten müssen vor dem Hintergrund unterschiedlicher normativer Annahmen über Demokratie. Er unterscheidet dafür zwischen dem repräsentativen, dem deliberativen und dem partizipatorischen Demokratiemodell. Je nach eingenommener demokratiethoretischer Perspektive, so die Argumentation, muss die Performanz des Journalismus anders bewertet werden. Aus den Modellen leitet er drei Formen von Nachrichtenqualität ab: deskriptive Nachrichtenqualität im repräsentativen Modell, diskursive Nachrichtenqualität für das deliberative Modell und aktivierende Nachrichtenqualität für das partizipatorische Modell. Diese Formen werden dann jeweils auf zwei Achsen differenziert: *professionelle Standards* sowie *Vielfalt der medial repräsentierten Akteure*. Die so entwickelten Kriterien dienen später als abhängige Variablen in den empirischen Analysen der österreichischen Medienlandschaft.

Den zweiten Teil seiner theoretischen Überlegungen leitet Riedl mit der Feststellung ein, dass die gegenwärtige Qualitätsforschung nahezu ausschließlich deskriptiv ist. Bisherige Ansätze, z. B. Mehrebenenmodelle, würden zwar Einflussfaktoren systematisieren, werden aber eher auf die

Themenwahl angewendet und ermöglichen so kaum Aussagen zur Wirkungsstärke und zum Zusammenspiel unterschiedlicher Einflüsse. Außerdem stellt Riedl fest, zieht bisherige Forschung entweder strukturelle Mediensystem-Eigenschaften als erklärende Variable heran oder aber fokussiert primär auf Journalist:innen als handelnde Akteure. Der Autor begegnet diesem Dualismus, indem er die Anwendung des Konzepts der Akteur:innen-Struktur-Dynamik von Schimank vorschlägt und Journalismus mit Bezug auf Neuberger als systembezogene Akteurskonstellation versteht. Drei zentrale teilsystemisch bedingte und handlungsprägende Strukturen drücken demnach jeweils aus, was Akteure erreichen *wollen*, *sollen* und *können*: Deutungsstrukturen, Erwartungsstrukturen und Konstellationsstrukturen. Riedl wendet diese Überlegungen auf den Journalismus an und identifiziert auf dieser Basis die unabhängigen Variablen für die empirischen Analysen.

Für die Analysen legt Riedl ein dreiteiliges Mixed-Method-Design an. Zunächst wird Nachrichtenqualität mithilfe einer manuellen quantitativen Inhaltsanalyse österreichischer Politikberichterstattung gemessen. Es folgt eine Befragung von Journalist:innen, die in der Inhaltsanalyse als Urheber:innen der Beiträge identifiziert werden konnten. Schlussendlich wird eine retrospektive Rekonstruktion mit qualitativen Interviews durchgeführt, um im Detail zu explorieren, wie die identifizierten Einflüsse zum Tragen kommen.

Der Ergebnisteil ist gegliedert entlang der drei für die normativen Annahmen der Nachrichtenqualität gemäß der Demokratie Modelle identifizierten abhängigen Variablen *Parteilichkeit*, *Diskursivität* und *konstruktive Emotionalität*. Für jede dieser Variablen werden zunächst die inhaltsanalytischen Ergebnisse vorgestellt. Anschließend werden zur Erklärung jeweils drei Regressionen (generalisierte gemischte Modelle) mit ausgewählten (wohl begründeten) Prädiktoren für die Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen gerechnet. Signifikante Prädiktoren werden im Anschluss genauer unter die Lupe genommen. Aber auch für solche Prädiktoren, bei denen theoretisch ein höherer Einfluss erwartet wurde, dieser sich statistisch aber nicht zeigt, werden Erklärungsversuche angeboten. Eine zentrale Rolle dafür spielen die Ergebnisse der qualitativen Interviews, durch deren retrospektive Rekonstruktion gezeigt werden kann, welche Rolle die Faktoren in der journalistischen Praxis tatsächlich spielen.

In nicht wenigen Fällen kommt es zu Widersprüchen zwischen den quantitativen Analysen und den Ergebnissen der qualitativen Interviews,

auf die Riedl systematisch eingeht. Gleichzeitig lassen sich aber auch nicht für alle signifikanten Regressionsergebnisse qualitative Plausibilisierungen anbieten. Warum Artikel von Journalist:innen, die einen stärkeren Einfluss ihrer Vorgesetzten wahrnehmen, häufiger zivilgesellschaftliche Akteure einbeziehen, lässt sich auch mit Riedls umfangreicher Datenbasis und theoretischer Anbindung nicht abschließend klären – dieses Beispiel zeigt vor allem, dass Riedl über solche Einzelheiten der Analyse nicht einfach hinweggeht, sondern Transparenz darüber herstellt, wo sein Ansatz offenbar an Grenzen stößt. Schlussendlich gelingt es Riedl mit seinem dreiteiligen Design zu zeigen, dass Nachrichtenqualität ein komplexes Konstrukt ist, für das das Zusammenspiel unterschiedlicher Einflussfaktoren betrachtet werden muss.

Unterschiedliche journalistische Rollenverständnisse erweisen sich im Bereich der Deutungsstrukturen als wichtige Faktoren für die Erklärung der professionellen Standards, weshalb Riedl auch die Relevanz der journalistischen Kultur für die Gewährleistung von Nachrichtenqualität betont. Nachrichtenbeiträge erfüllen den Standard der Unparteilichkeit beispielsweise dann häufiger, wenn ihre Urheber:innen sich stärker in der Rolle sehen, Menschen durch Informationen zu politischen Entscheidungen zu befähigen. Aber auch der rechtliche Rahmen spielt für die Unparteilichkeit eine wichtige Rolle. Je höher die Orientierung an rechtlichen Rahmenbedingungen, desto höher auch die Unparteilichkeit der Nachrichten. An dieser Stelle liefern dann auch die qualitativen Interviews tiefergehend Aufschluss, denn sie zeigen, dass die Erwartung an unparteiliche Berichterstattung insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betrifft, während die überdurchschnittlich wertende Berichterstattung der Boulevardmedien durch die bei den Journalist:innen offenbar stark internalisierten redaktionellen Linien erklärt werden kann.

Als besonders bemerkenswert bei der Erklärung medialer Repräsentation erweist sich der Faktor der Autonomie: Je weniger Autonomie Journalist:innen für ihre Arbeit wahrnehmen, desto mehr Raum bekommen politische Funktionseliten. Gleichzeitig erhalten zivilgesellschaftliche Akteure:innen mehr Einzug in die Berichterstattung, je mehr Handlungsfreiheit Journalist:innen in ihrer Arbeit wahrnehmen.

Insgesamt ist die Analyse sehr aufschlussreich. Die klare und konsistente Struktur erleichtert die Nachvollziehbarkeit der komplexen Analysen. In Kombination mit dem erfreulich ausführlichen Methodenteil, der die gesamte Anlage der drei Studienteile sowie deren Ineinandewirken wohl

begründet und nachvollziehbar darstellt, kann die Dissertation von Andreas A. Riedl auch als ein gutes aktuelles Beispiel zur Veranschaulichung von Mixed-Method-Designs in der Methodenlehre dienen. Insbesondere die hilfreiche und gewinnbringende Plausibilisierung der Einflussfaktoren durch die qualitativen Interviews führt vor, wie lohnend es ist, wenn für das umfangreiche Verständnis eines Phänomens nicht bei den Sternchen des Signifikanzniveaus Halt gemacht wird. Einzig bedauerlich ist, dass der Anhang,

auf den im Text mehrfach verwiesen wird, im gedruckten Buch fehlt.

Julia Lück-Benz

Dr. Julia Lück-Benz, Freie Universität Berlin, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Garystr. 55, 14195 Berlin, Deutschland, j.lueck-benz@fu-berlin.de, <https://orcid.org/0000-0001-8120-4520>